

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 8909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 225 B

BERLIN • Sonnabend, den 24. September 1932

I. JAHRGANG

# Der Weg zur Anklagebank ist mit nationalsozialistischen Denunziationen gepflastert.

## Die Gleichheit der Rechte und die Pflichten aller. Neurath schreibt Aufsätze.

S. H. Der deutsche Außenminister benutzt die Zeit, die er durch das Fernbleiben von den Genfer Verhandlungen gewonnen hat, zu schriftstellerischer Tätigkeit; er verfaßt Aufsätze, die seine Haltung der Abrüstungskonferenz gegenüber rechtfertigen sollen.

Die Zeitschrift der deutschen Liga für Völkerbund bringt in einem Aufsatz Neuraths die folgenden Ausführungen: „Die Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung sind an einem wichtigen Punkte angelangt. Es wird sich bald entscheiden müssen, ob die allgemeine Abrüstung, diese große Friedenshoffnung der Völker, in der Gegenwart möglich ist oder nicht. . . . Die allgemeine Abrüstung hat vor über zwölf Jahren begonnen, als Deutschland seine Unterschrift unter die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages setzte und sich damit zu einer radikalen Abrüstung verpflichtete. Die deutsche Abrüstung war nach dem klaren Wortlaut des Vertrages nur die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung. . . . Nur unter dieser Voraussetzung haben Deutschlands Vertreter der Abrüstung Deutschlands zugunsten von den Siegermächten gefördert.“

Da die Abrüstung der Siegermächte bisher nicht erfolgt sei, da auch die Abrüstungskonferenz keinen Ansatz dafür gezeigt habe, daß die deutsche Abrüstung zum Maßstab für die allgemeine Abrüstung genommen werden solle, so habe die deutsche Abrüstungsdelegation in Genf wieder und wieder verlangt, die Versailler Bedingungen endlich zum Muster der allgemeinen Abrüstung zu machen. „Sie hat das gefordert im Namen der Gleichberechtigung und im Namen der Abrüstung. Im Namen der Gleichberechtigung, weil nur eine Abrüstung, die nach gleichen Methoden und Maßstäben für alle Völker durchgeführt wird, dem Prinzip der Rechtsgleichheit entspricht, im Namen der Abrüstung, weil die deutsche Abrüstung, wie nicht bestritten werden kann, eine wirklich durchgreifende gewesen ist und die entscheidenden Faktoren der Rüstung getroffen hat. Die deutschen Vertreter sind mit dieser Forderung nicht durchgedrungen.“

Ich brauche kaum darauf hinzuweisen, daß die Frage der Gleichberechtigung für das deutsche Volk als eine Lebensfrage angesehen wird, über die es keine Meinungsverschiedenheit gibt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Deutschland an einer Konvention über allgemeine Abrüstung teilnehmen könnte, die nicht auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, d. h. der Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Beteiligten, aufgebaut ist. Deutschland ist nach wie vor bereit, an der allgemeinen Abrüstung mitzuwirken, und kein Volk kann ein tieferes Interesse an einer möglichst weitgehenden und wirksamen allgemeinen Abrüstung haben als das deutsche. Aber die allgemeine Abrüstung muß das von vornherein nur als vorübergehend angenommene Regime einseitiger deutscher Abrüstungsverpflichtungen beendigen. . . . Manche Presseorgane des Auslandes haben uns beschuldigt, wir wollten aus der Abrüstungskonferenz eine Aufrüstungskonferenz machen. Wie abwegig solche Vorwürfe sind, ergibt sich aus meinen Ausführungen von selbst. Die Tatsachen werden hierbei geradezu auf den Kopf gestellt. Nicht Deutschland will aufrüsten, sondern andere Staaten weigern sich, abzurüsten und dieselben Bindungen zu übernehmen, unter denen Deutschland steht.“

Wir verwehren uns nachdrücklich gegen die immer wieder aufgestellte Behauptung, in der Frage der Gleichberechtigung gäbe es im deutschen Volke keine Meinungsverschiedenheit. Durch die dauernde Wiederholung dieser Behauptung wird die vorgetäuschte Einigkeit nicht hergestellt.

Um es also Herrn Neurath noch einmal schriftlich zu geben:

Die Forderung der Gleichberechtigung, wie sie von der deutschen Regierung in Genf gestellt und durch die Reden des Reichswehrministers Schleicher erläutert worden ist, ist schief gestellt.

Es gibt weder für die einzelnen Bürger eines Staates noch für die einzelnen Staaten einer Staatengemeinschaft ohne weiteres das Recht, sich zum Schutz der eigenen Interessen zu bewaffnen. Das ergibt sich schon aus der einfachen Überlegung,

daß ausgerechnet dieser Anspruch unmöglich mit dem von Neurath proklamierten Grundsatz der Gleichheit der Rechte und Pflichten aller in Einklang gebracht werden kann.

Entweder nämlich, man spricht jedem Mitglied einer Gemeinschaft das Recht auf die gleichen Mordwaffen zu, dann ist

H.-M. Von vornherein fiel es bei der Vorgeschichte des Berliner Kommunistenprozesses

auf, daß die Polizei mehrfach verfehlte Verhaftungen vornahm und mehrfach die Verhafteten wieder entlassen werden mußten. Dies Verfahren erweckte den Verdacht, daß mehr oder weniger blinde nationalsozialistische Denunziationen bei der polizeilichen Vorarbeit und beim Aufbau der Anklage eine Rolle spielen. In diese Vorgeschichte fiel aus der Zeugenvernehmung vom Donnerstag etwas Licht.

Der Nationalsozialist Janaschek z. B. ist Kohlenträger und kennt mehrere Kommunisten in der Gegend, in der die Schießerei stattgefunden hat. Er hat oft mit ihnen diskutiert, weiß also, daß sie politische Gegner von ihm sind.

Drei Tage nach dem Zwischenfall ist er auf seinem Motorrad nach dem Alexanderplatz gefahren und hat dort bei der Polizei angegeben, daß er Kolosche, Sterdt, Schall, Beier und Krüger mit Sicherheit am 29. August in der Röntgenstraße bei der Schießerei gesehen habe.

Am Tage darauf wurden diese Kommunisten verhaftet und sitzen heute unter den Angeklagten. Vor Gericht erklärte aber Janaschek, daß er Krüger gar nicht selber am Abend gesehen habe. Ein anderer, welcher nicht vor der Polizei hätte aussagen wollen, habe aber ihm (Janaschek) gesagt, er habe den Krüger gesehen. So habe er (Janaschek) für jenen vor der Polizei die Aussage gemacht!

Noch weniger vertrauenswürdig war die Zeugin Gericko, die vor ihrer Vernehmung den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit stellen ließ, da sie sich von Kommunisten bedroht fühle. Die beiden Verteidiger, Rosenfeld und Litton, setzten sich energisch gegen diesen Antrag ein: der Grund, weshalb Gerichte öffentlich sind, sei gerade, daß Zeugen nicht hinter verschlossenen Türen Aussagen machen könnten, die sie nicht vor aller Welt vertreten könnten. Die Öffentlichkeit auszuschließen sei besonders gefährlich in diesem Fall, wo

die Gefahr, daß bei den Zeugen ein organisierter Meuterei vorliegt, so ungeheuer groß ist.

Das Gericht gab dem Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit nicht statt.

Die Zeugin Gericko, die mit den Nationalsozialisten sympathisiert und sehr dazu neigt, hysterische Anfälle zu

bekommen, wenn ihr unangenehme Fragen gestellt werden, bekundete einen besonders starken Haß gegen die Kommunisten, da sie ihren Laden boykottieren.

An dem Abend, an dem sich der Vorfall in der Röntgenstraße ereignete, schloß sie sich dem Zug der Kommunisten an, die aus der Galvanistraße nach der Röntgenstraße gingen, um zu sehen, was los sei. Ueber ihre „Beobachtungen“ macht sie eingehende Angaben, will auch einige Angeklagte gesehen haben. Wir gehen darauf nicht weiter ein, da die Unzuverlässigkeit dieser Zeugin unter anderem durch folgenden Fall bewiesen wurde:

Am Tage nach der Schießerei ließ Frau Gericko auf der Straße zwei junge Leute festnehmen, von denen sie behauptete, sie hätte sie auch bei der Schießerei am Vorabend gesehen. Sie wurde am Tage nach der Schießerei auf sie aufmerksam, weil sie vor einer Litfaßsäule stand und darüber Bemerkungen machten, daß die Nazis ihre eigenen Kameraden erschossen hätten.

Als die beiden jungen Leute bei der Polizei vernommen wurden, stellte sich heraus, daß der eine Mitglied eines katholischen Jugendverbandes und der andere auch in einem bürgerlichen Verein war. Beide konnten ein einwandfreies Alibi für den vorhergehenden Abend beibringen.

Vor Gericht behauptete Frau Gericko plötzlich, als Rechtsanwalt Litten sie über diesen Fall befragte, die beiden, die sie festnehmen ließ, seien die Angeklagten Tobehn und Krüger gewesen (von denen sie vor wenigen Minuten noch behauptet hatte, daß sie über sie nichts aussagen könnte!).

Ein ähnlicher Widerspruch könnte dem nationalsozialistischen Nebenkläger Kwiatkowski nachgewiesen werden, dessen Aussagen, in denen die Angeklagten schwer belastet werden, bisher noch nicht widerlegt werden konnten.

Bei Beginn der Verhandlung am Freitag morgen stellte Rechtsanwalt Litten fest, daß der Mann, den Kwiatkowski von der Polizei festnehmen ließ und den er im Gerichtssaal als den Angeklagten Heine zu erkennen glaubte, in Wirklichkeit ein anderer war, der Rosenau heißt. Als Kwiatkowski dem Rosenau auf der Polizei gegenübergestellt wurde, hat er seine Anklage nicht aufrecht erhalten.

## Preußischer Landtag gegen Sondergerichte.

Der Preußische Landtag nahm in seiner Freitagssitzung einen Antrag der Nationalsozialisten an, der die preußische Regierung ersucht, unverzüglich bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Notverordnung über die

Einrichtung der Sondergerichte zu fordern.

Ferner wurde ein SPD-Antrag angenommen, der verlangt, daß alle

Sondergerichts-Urteile mit größter Beschleunigung nachgeprüft

und in geeigneten Fällen unverhältnismäßig schwere Strafen durch Begnadigung entsprechend herabgesetzt werden.

Auch ein NS-Antrag auf Haftentlassung der Angeklagten im Felsenack-Prozess wurde angenommen.

der Schutz der eigenen Interessen, dem die Bewaffnung dienen sollte, für keinen vorhanden. Oder man billigt jedem das Recht zu, sich diesen Schutz zu verschaffen, dann erlaubt man damit jedem, alle anderen an Waffenbesitz zu übertreffen, und man darf sich dann nachher nicht beklagen, wenn das Ergebnis keine Gleichheit der Rüstungen ist.

Wer es also mit dem Grundsatz, daß die einzelnen bei der Befriedigung ihrer Interessen gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben, wirklich ernst nimmt, der wird statt für ein Gleichgewicht der nationalen Rüstungen vielmehr dafür eintreten, daß die nationalen Heere, die lediglich dem Schutz des eigenen Landes und seiner nationalen Interessen dienen, ersetzt werden

durch eine Macht, die statt für die Interessen einzelner für die Gleichheit der Interessenbefriedigung aller eingesetzt wird.

Er wird dabei entdecken, daß der zur Herstellung dieser Gleichheit erforderliche Ausgleich an einer ganz anderen Front vor sich gehen muß als der, an der Neurath in Genf schmollend verhandelt.

Für die Förderung der Gleichheit ist nicht der Gegensatz zwischen den ehemaligen Siegerstaaten und den Besiegten entscheidend, sondern der Klassengegensatz, der sich international durch alle kapitalistischen Staaten hindurchzieht.

Zurück zur Wehrfrage: Die Anbahnung wirklicher Sicherung für die Wahrung der „Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Beteiligten“ ist heute nur möglich durch ernsthafte Abrüstung aller nationalistischen Wehrmächte. Herr von Neurath erklärt, ein aufrichtiger Freund der Abrüstung zu sein. Er ist empört, daß die deutsche Forderung im Ausland als Aufrüstungsforderung verstanden worden ist. Er vergißt dabei, selber Auskunft zu geben auf die das Ausland, in diesem Zusammenhang berechtigter Weise, interessierende Frage, was die deutsche Regierung zu tun gedenkt, wenn es in Genf nicht zu einer Abrüstung der anderen nach den Bedingungen des berechtigten Abschnittes V kommt. Sein Ministerkollege Schleicher hat diese Antwort gegeben. Er will in diesem Fall die Reichswehr „umbauen“, d. h. er will aufrüsten. Darauf stützt sich der Angriff des Auslands. Will Neurath ihm begegnen, so muß er zum mindesten ausdrücklich von Schleichers Ausführungen abrücken.

Die bloße Ignorierung deutlich ausgesprochener deutscher Aufrüstungspläne reicht noch nicht hin, um die friedliche Gesinnung der deutschen Regierung glaubhaft zu machen.

# Das Problem der Abrüstung unter den „Fachleuten“.

Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht.

H—L. Kassel, den 22. September.

Die Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht hat heute ihre diesjährige Tagung mit einem Referat von Professor Dr. Walter Schücking, dem Vertreter Deutschlands beim Haager Schiedsgerichtshof, eröffnet. Die Versammlung war von etwa 150 Menschen besucht, in der Hauptsache von Mitgliedern der Gesellschaft sowie Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. Obgleich Schücking in seinen einleitenden Worten meinte, die Idee des Rechts und insbesondere des Völkerrechts müsse wieder in Seele und Herz des Volkes gepflanzt werden, war an diesem Abend vom „Volk“ nichts zu sehen. Überwiegend waren die Juristen vertreten und Angehörige der „feinen Gesellschaft“ einer Provinzialhauptstadt.

Schücking sprach über „Das Abrüstungsproblem“. Er betonte vor allem den deutschen Anspruch auf Abrüstung der anderen Staaten, der in Art. 8 der Völkerbundsatzung und in Abschnitt V des Versailler Vertrages verankert ist. Er stellte der heutigen Haltung der Siegermächte, insbesondere Frankreichs, das Programm gegenüber, das Wilson, der ehrliche, aber leider unterlegene Verfechter der Völkerbundsatzung in den Jahren 1917 und 1918 aufgestellt habe. Er wiederholte die aus der deutschen offiziellen Polemik sattem bekannten Argumente gegen die Unterlassungen der anderen Mächte. Als Mann vom Fach der Theorie und Praxis des Völkerrechts wußte Schücking manche interessanten Einzelheiten anzuführen, die geeignet sind, den Rechtsanspruch der Völker auf Frieden und Abrüstung zu begründen, und zwar nicht nur allgemein, sondern auch aus den vorhandenen vertraglichen Bestimmungen und den Erklärungen ihrer Verfasser. Schücking sprach davon, daß die einseitige Anwendung der Abrüstungsbestimmungen auf Deutschland eine ungeheure Vergewaltigung und Demütigung des deutschen Volkes sei. Das deutsche Empfinden sei besonders hart ge-

troffen, weil Deutschland in seiner Vergangenheit besondere kulturelle Leistungen aufzuweisen habe.

Von den beiden bisher auf der Abrüstungskonferenz gemachten ernsthaften und durchgreifenden Vorschlägen erwähnte er den russischen, auf Totalabrüstung gerichteten überhaupt nicht; den französischen Vorschlag auf Einführung einer Exekutionsarmee des Völkerbundes erklärte er kurz und ohne Begründung für unmöglich, weil niemand (!) eine solche Exekutionsarmee wolle.

Auffallend war, daß Schücking nicht mit einer Silbe Stellung zur deutschen Politik nahm. Die Fehler „der Anderen“ wurden fast vollzählig aufgeführt, während von der negativen Haltung deutscher Regierungen der Nachkriegszeit in der Abrüstungsfrage keine Rede war. Schücking sprach nicht von den Vorwänden, die den französischen Regierungen und den anderen ehemaligen Kriegsgegnern durch nationalistische Revancherenden deutscher Politiker und durch die Duldung chauvinistischer Organisationen und Privatarmeen fortgesetzt geliefert worden sind. Er sprach auch nicht von der deutschen Unterlassung einer wirksamen Propaganda für Frieden und Abrüstung, deren Wirkung und Erfolg weit über die deutschen Grenzen hätte getragen werden können.

Die Idee der Abrüstung, die Schücking selber als eine Forderung der Gerechtigkeit und als eine wirtschaftliche Notwendigkeit bezeichnete, kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn man unbekümmert um Fragen des eigenen nationalen Prestiges den geraden und ehrlichen Weg eines Vorkämpfers für eine so hohe kulturelle Forderung geht und dabei die eigenen Fehler nicht fortgesetzt durch den Hinweis auf die Fehler „der Anderen“ zudeckt, sondern sie abzustellen sucht.

Für diese Aufgabe sollte die Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht der deutschen Regierung ein mahndes Gewissen sein.

Ob allerdings Universitätsprofessoren das unter den gegebenen Verhältnissen fertig bekommen?

## Schleppende Abrüstungsverhandlungen.

Man wartet auf Deutschland.

In der Donnerstagsitzung des Büros der Abrüstungskonferenz ging Litwinow erneut zum Angriff vor. Mitten hinein in die schleppenden und unfruchtbaren Verhandlungen darüber, wie die Durchführung der noch nicht gefaßten Abrüstungsentschlüsse kontrolliert werden sollte, wiederholte er seinen Vorschlag vom Mittwoch, man solle nun endlich zu den für eine wirkliche Abrüstung entscheidenden Fragen übergehen.

Dieses Mal war es der englische Außenminister Simon, der das Konferenzgeplätscher vor einer ernsthaften Störung schützte: Unter der Zustimmung von Paul-Boncour gab er die Erklärung ab, das Büro der Abrüstungskonferenz sei für politische Fragen nicht zuständig; die müßten dem Hauptausschuß vorbehalten bleiben. Henderson stellte sich nicht auf die Seite seines Landsmannes, sondern sprach für Litwinow. Auf Grund seines Briefwechsels mit dem deutschen Reichsaussenminister seien gewisse große politische Fragen unmittelbar dringend geworden.

Zu einer Entscheidung kam es nicht; die Verhandlung wurde auf Dienstag vertagt. Schon während der Sitzung hatte man einzelne Fragen auf Dienstag verschoben, so die Frage des Luftbombardements, und zwar mit der Begründung, daß eine der an dieser Frage hauptsächlich interessierten Mächte, nämlich Deutschland, heute nicht vertreten sei. Man scheint also damit zu rechnen, bereits bis zum nächsten Dienstag die Wiederteilnahme Deutschlands erreichen zu können.

Simon dementiert.

Simon hat erklärt, er sei bei seiner Antwort auf Litwinow mißverstanden worden. Er habe nicht die Zuständigkeit des Büros bestreiten wollen, politische Fragen zu verhandeln, sondern nur davor warnen wollen, die politischen Fragen jetzt in der Bürositzung anzuschneiden, solange noch der Versuch unternommen würde, Deutschland in privaten Verhandlungen wieder zur Konferenz zurückzubringen.

Der Bericht des vom Völkerbundsrat in die Mandschurei entsandten Ausschusses ist am Donnerstag in Genf eingetroffen. Er soll veröffentlicht werden, sobald die amtliche französische Uebersetzung des englisch abgefaßten Berichts hergestellt ist. Der Bericht tritt ein für die Autonomie der Mandschurei unter internationaler Kontrolle.

## Der Streik bei Kanton erfolgreich beendet.

Amlich wird gemeldet, daß der Streik in den Baumwollspinnereien, an dem 10 000 Arbeiter teilgenommen haben, am Freitag beendet wurde. Die Unternehmer haben beschlossen, die Löhne um 8 Prozent zu erhöhen. Die Betriebe haben sofort die Arbeit aufgenommen.

## Ende des Hungerstreiks?

Da die englische Regierung erklärt hat, daß sie das von ihr geforderte Wahlsystem für die Parias aufheben würde, wenn die Hindus und Parias unter sich über ein anderes Wahlsystem einig sind, hat soeben in Bombay eine Konferenz zwischen Vertretern der Parias und der übrigen hinduistischen Kasten stattgefunden. Obwohl der Führer der Parias bisher nicht einverstanden war mit der Forderung Gandhis, für die Gandhi in den Hungerstreik getreten ist, einigte man sich auf der Konferenz auf eine Formel, die praktisch den Forderungen Gandhis entspricht. Wenn die Regierung diese Formel annimmt, wird Gandhi also den Hungerstreik abbrechen.

## Einheitsfront des Aberglaubens.

In der Londoner Albert Hall fand am Dienstag in Anwesenheit von über 10 000 Personen die Vereinigung der drei methodistischen Sekten, der wesleyanischen, der primitiven und der vereinigten Methodisten, zu der „Methodistischen Kirche von Großbritannien und Irland“ statt.

Mit rund 12 Millionen Mitgliedern und etwa 50 Millionen Anhängern ist die neue Kirche die größte protestantische Kirche der Welt.

Die Zahl der Mitglieder in England und Irland beträgt allein etwa 1 Million. Die Besitzungen der neuen Kirche in der ganzen Welt werden auf rund 10 Milliarden Mark geschätzt. Die Vereinigung ist das Ergebnis von neunzehnjährigen Verhandlungen.

## Frauen für den Krieg.

Der Flottenbund Deutscher Frauen hat auf seiner 15. ordentlichen Mitgliederversammlung in Hamburg mit großem Beifall beschlossen, dem Volksspendefonds der „Niobe“ für ein neues Schulschiff 30 000 Mark zu überweisen.

Sollte keiner dieser Frauen die Geschichte der Niobe bekannt sein, nach der das gesunkene Schiff hieß, — jener Griechin, die durch ihren Leichtsinns ihre sämtlichen Kinder verlor?

## Zwei Chinabücher.

„Wir zogen nicht aus, um Kritik zu üben, wir wollten nur verstehen.“

Dieses Wort charakterisiert das schöne Buch von Wilhelm P. O. Walter:

„Das China von heute.“

(Frankfurt a. M., 1932, Sozietäts-Verlag, 120 Text- und 112 Bildseiten, Gebunden 6,— Mark.) Der herrliche Druck und vor allem die schönen Bilder heben das Buch heraus aus der großen Reihe von Chinabüchern, die heute auf den Markt kommen.

Walter, der seit vielen Jahren in Schanghai lebt und die wichtigsten Provinzen des Landes wiederholt bereist hat, führt den Leser wie auf einer

Besuchsreise durch die wichtigsten Zentren des Landes, zeigt ihm historische Stätten und modernes chinesisches Leben und erläutert all dies mit 112 Photos nach eigenen Aufnahmen.

So nett und liebenswürdig dieser Ausflug durch China ist, er bleibt auf der Oberfläche. Wir hören nichts von den tiefreichenden Klassengegensätzen innerhalb des chinesischen Volkes, nichts von der problematischen Stellung der Kuomintang und der Nanking-Regierung. Ueber diese eigentlichen Probleme des modernen Chinas gleitet Walter hinweg auf Grund der Ueberzeugung, daß zwischen dem Denken der Chinesen und dem der Europäer „keine Vergleichsmöglichkeit vorhanden“ sei. Trotz allem Streben des Verfassers nach Objektivität und trotz der vorurteilslosen Uebermittlung vieler interessanter Einzelheiten über das Land und seine Sitten bleibt das chinesische Volk uns nach dem Lesen dieses Buches so fremd wie zuvor. Walter teilt das Schicksal der meisten jener Europäer, die ein Leben lang in China, Indien, Afrika oder auf den Südseeinseln leben und dennoch den Bewohnern des Landes fremd geblieben sind wie am ersten Tage und dann verkünden: „Wir wissen, daß diese (die Eigenarten und die Mentalität der Chinesen, K. H.) grundverschieden sind von denen westlicher Völker.“

Diese weitverbreitete Ansicht wird immer wieder — nicht in Walters Buch, das sei ausdrücklich betont! — als Vorwand benutzt für die Herrschaftsansprüche der weißen Rasse über die ostasiatischen Völker. Und doch genügt zu ihrer Widerlegung der Hinweis auf einen jener Menschen, die — wie zum Beispiel der Chinese Ku Hung-Ming oder der Deutsche Richard Wilhelm — bei tiefstem Verwurzelsein in der Kultur des eigenen Volkes ein inniges persönliches Verhältnis zu der „fremden“ Kulturwelt eingegangen

## Wehrlose Opfer der Rüstungsindustrie.

„Und heute hat die blutige Internationale der Rüstungsindustrie noch vieles dazugelernt und ist durch die Einbeziehung der chemischen Waffe an Macht bedeutend gewachsen. Greifen wir aus dem durch diese Macht veranlaßten Sündenregister der Großmächte . . . nur einige der von Jahr zu Jahr wachsenden Unheilszahlen heraus. Da wurden z. B. in England für das Komitee für Kriegschemie nach dem „Daily Herald“ vom 8. Juli 1925 für das Jahr 1922 39 300 Pfund Sterling und für die britische chemische Versuchsanstalt in Porton 130 400 Pfund Sterling ausgesetzt, also zusammen 169 700 Pfund gegenüber 53 870 Pfund im Jahre 1920. Im Zeitraum vom 14. Mai 1923 bis zum 31. Januar 1926 wurden in England zu Versuchen über die Wirksamkeit der Giftgase 2138 Tiere, und zwar 5 Pferde, 6 Affen, 53 Ziegen, 1136 Kaninchen, 406 Meerschweinchen, 227 Ratten und 167 Mäuse verwendet, wovon 447 während oder unmittelbar nach dem Versuch und 1132 im Laufe eines Monats den Folgen erlagen . . .“

Im Jahre 1918 wurde zu Versuchszwecken eine Wolke dünster Arsengasmischung über eine geschlossene Ziegenherde geleitet. Alle Tiere bis auf vier wurden durch das Gas getötet; die vier Ueberlebenden rannten sich die Schädel an der Umfassung der Weide ein.“

(Aus: „Wie würde ein neuer Krieg aussehen?“)

sind und uns dadurch den gemeinsamen Kern echter Menschenskultur gezeigt haben, den übrigens jeder Einzelne von uns aufspüren kann, wenn er einmal ein paar Seiten von Kant oder Nelson mit den Sprüchen des Konfuzius vergleicht.

Der geeignetste Weg, den äußeren

Schein des unüberbrückbar Fremdartigen zwischen Europäern und Menschen anderer Rasse,

zum Beispiel Chinesen, zu zerstören, besteht in enger Fühlungnahme von Mensch zu Mensch, gemeinsamer Aussprache und wirklichem Einander-Kennen-Lernen. Da zeigt sich dann, wie jener Schein des Fremden auf Aeußerlichkeiten beruht, auf überkommenen Gewohnheiten, jahrhundertalten Sitten, abergläubischen und konfessionellen Vorurteilen, vor allem aber auf fehlendem Wissen von einander.

Selten bietet sich die Möglichkeit zu solch persönlicher Fühlungnahme zwischen Menschen verschiedener Rasse. Umso wichtiger sind Bücher, die uns mit den Angehörigen anderer Rassen und Völker bekannt machen, die uns in das Leben, Fühlen und Denken dieser Menschen hineinführen, sodaß wir sie kennen lernen, als ob wir mitten unter ihnen als ihrogleichen — nicht als Fremde oder Durchreisende — gelebt hätten. Solche Bücher sind außerordentlich selten. Die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit ein solches Buch über die Chinesen für Europäer geschrieben werden kann, werden nicht leicht erfüllt. Denn selten kennt ein Europäer den chinesischen Menschen so gut, wie das für diesen Zweck nötig wäre. Ein Chineser andererseits wird nicht leicht die Schilderung so fassen, daß sie uns europäischen Menschen die Aufklärung gibt, die wir brauchen.

Sergej Trotjakow hat als russischer Sprachlehrer an der Universität Peking den Studenten Den Schi-Chua kennen gelernt, hat sich ein halbes Jahr lang täglich vier bis sechs Stunden mit ihm unterhalten, um alle Einzelheiten des Lebens dieses 26jährigen Mannes zu erfassen.

„Er (Den Schi-Chua) stellte mir freigebig die Tiefen seines wunderbaren Gedächtnisses zur Verfügung. Ich wählte darin herum wie ein Bergmann. Ich war abwechselnd Untersuchungsrichter, Vertrauensmann, Interviewer, Gesprächspartner und Psychoanalytiker“, sagt Trotjakow. Und so kam dieses wunderbare Buch:

„Den Schi-Chua“

(Berlin 1932, Malik-Verlag, 509 Seiten, 2,85 Mark) zu Stande, das uns bekannt macht mit den revolutionären chinesischen Studenten von heute und uns zugleich und vor allem mitten

hineinführt in die Welt ihrer Eltern und Familien, das heißt in die Welt jener Generation, die mit Sun Yat-Sen die revolutionären Kämpfe gegen die Mandschu-Dynastie, gegen Yuan Shi-Kai und gegen die reaktionären Machthaber von damals geführt hat. All das, was ich aus Gesprächen mit chinesischen Freunden weiß von dem chinesischen Familienleben, von den Sitten und Zeremonien, von der Unsitte der Verheiratung der jungen Menschen durch die Eltern, von der herben Strenge des Vaters, der stillschweigenden Unterordnung der Mutter, ich finde es wieder in diesem Buch. Was ich von den ökonomischen und politischen Verhältnissen des Landes weiß auf Grund vielfältiger Studien, es wird lebendig durch die Erlebnisse Den Schi-Chuas. Doch überwältigend ist für mich die Persönlichkeit des Vaters Den, jenes menschlich harten und darum anfangs sehr fremd erscheinenden Mannes, der seiner revolutionären Aufgabe dient mit einer unerhört zähen und erstaunlich kraftvollen Entschlossenheit, die nur übertroffen wird durch die selbstverständliche Hilfe seiner Mitarbeiter. Ich gestehe, daß die Schilderungen des revolutionären Chinas von heute mir schwach erscheinen in Trotjakows Buch gegenüber der Darstellung jener Revolutionsarbeit des Vaters Den. Wichtig erscheint mir deshalb die Lehre, die dieser Mann, ein Freund Sun Yat-Sons, aus seinen Erfahrungen zieht. Er sagt zu seinem Sohn:

„Wir haben als Soldaten, als Zerstörer gearbeitet, aber als es sich um den Aufbau handelte, hat man uns niedergeschlagen. Viele von meinen Kameraden haben Politik, Wirtschaftslehre und Jurisprudenz studiert, aber sie haben sie offenbar schlecht studiert, denn bis heute wissen sie noch nicht, was für eine Macht wir brauchen. Die Revolution ist vorüber, und geschickte Beamte halten die Kommandohöhen der Kanzeilmaschinen in Händen, nachdem sie die ungeschickten Revolutionäre verjagt haben. Wenn du . . . Einfluß haben willst, mußt du nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis jeder Wissenschaft studieren.“

Leider erfahren wir sehr wenig in dem Buch über das Leben der Fabrikarbeiter, der Kulis, der Landarbeiter. Hoffentlich findet sich bald ein anderer Trotjakow, der uns ein Bild ihres Lebens und Kampfes beschert. Ein solches müßte ja noch weit interessanter und politisch aufschlußreicher werden als das vorliegende Buch, sagt doch Den Schi-Chua von den chinesischen Arbeitern:

„Ich hatte bisher nur die schwerblütigen, nach Erde riechenden Bauern gekannt und bin verwundert, wieviel lebendiger, mutiger, lustiger und klüger die Arbeiter sind.“

Karl Hinkel.



# Ausschalten! Abbestellen!

A. K. Folgende Notiz befindet sich im „Volksfreund“, dem Braunschweiger Organ der SPD:  
 „Nicht abmelden! Von unterrichteter Seite wird die Ziffer von 50 000 Abmeldungen aus Unzufriedenheit mit dem reaktionären Kurs des Rundfunks mitgeteilt. Diese Riesenzahl hat praktisch keinerlei Auswirkung gehabt. Das beweist, wie sinnlos der wilde Hörerstreik ist. Man soll den Rundfunk trotz allem jetzt nicht abbestellen! Denn nur wenn die linksstehenden Hörer zahlenmäßig stark bleiben,

können sie Rechte an den Programmen anmelden. Dem Rundfunk augenblicklich die Treue wahren, ist — so paradox es klingt — die Voraussetzung dafür, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die Reaktion im Rundfunk geführt werden kann.“

Wenn Kaufmann Schulze den Arbeiterfrauen faule Eier verkauft, wird im „Volksfreund“ wahrscheinlich folgende Notiz zu finden sein:

„Nicht boykottieren! Weiterkaufen bei Schulze!... Nur wenn die Eierkäufer bei Schulze zahlenmäßig stark bleiben, können sie ihr Recht darauf, gute Eier für gutes Geld geliefert zu bekommen, anmelden! Schulze augenblicklich die Treue bewahren, ist — so paradox es klingt — die Voraussetzung dafür, daß ein erfolgreicher Kampf gegen

Schulzes Einfall, faule Eier als gute zu verkaufen, geführt werden kann.“  
 Der Unterschied würde nur sein, daß dem Redakteur einer solchen Notiz die faulen Eier wenigstens an den Kopf geworfen werden könnten, während das mit dem Rundfunk-Kitsch schon schwieriger ist.  
 Woher weiß eigentlich der „Volksfreund“, daß die Abmeldungen ohne Wirkung geblieben sind? Wer weiß, ob das Programm nicht noch schlimmer aussähe, wenn keine Abmeldungen erfolgt wären!  
 Wer nicht nur seine Rechte anmelden will, sondern auch will, daß er sie erlangt, der wird natürlich anders handeln, der wird Schulze seine faulen Eier selber essen und bezahlen lassen, und der wird den Rundfunk von denen finanzieren lassen, die lieber Nazis als Sozialisten, lieber Pfaffen als Freidenker am Mikrophon haben wollen; der wird also doch abmelden, und zwar recht schnell!

## Schlotbarone gegen Krautbarone.

### Reichsverband der deutschen Industrie für Papen, gegen Kontingentierung und Zinskonversion.

Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben in ihren Sitzungen am 22. September zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Stellung genommen. Sie begrüßen die Ankündigungen des Reichskanzlers und die inzwischen erfolgten Maßnahmen als „ersten Versuch der Regierung... eine Belebung der Wirtschaft von der Seite der persönlichen Initiative her auszulösen“.

Der Reichsverband bezeichnet folgende Aufgaben als besonders vordringlich: Umschuldungsaktion für die Gemeinden, rechtzeitige Schaffung eines ausreichenden Marktes für die Steuergutscheine.

Der Reichsverband warnt die Regierung vor Maßnahmen, die eine neue Beunruhigung in der Wirtschaft herbeiführen würden. In dem veröffentlichten Sitzungsbericht heißt es: „Die Industrie muß von der Regierung verlangen, daß insbesondere auch in der Frage der Zinskonversion und auf dem Gebiete der Kontingentierung solche Maßnahmen unterbleiben, die eine neue empfindliche Erschütterung auf dem Geld- und Kapitalmarkt oder eine unerträgliche Bedrohung der deutschen Ausfuhr mit sich bringen würden.“

An den Reichskanzler wurde folgendes Telegramm abgesandt:

„In ernstester Sorge um die Erfolge des wirtschaftlichen Reformversuches der Reichsregierung bitten Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie einstimmig

von den beabsichtigten Kontingentierungsmaßnahmen Abstand zu nehmen.“

Dieser einstimmige Beschluß entstand durchaus nicht aus irgendwelcher Opposition gegen die Landwirtschaft oder gegen das auch von der Industrie dringlichst erstrebte Ziel der Wiederherstellung ihrer Rentabilität, für die wir mit der Landwirtschaft bis zum äußersten eingetreten sind und noch eintreten. Auch haben nicht einseitige Interessen der Landwirtschaft die Entscheidung des Reichsverbandes beeinflusst. Die einstimmige Stellungnahme von Präsidium und Vorstand beruht vielmehr auf der Erkenntnis, daß eine Kontingentierung den Erfolg, den die Landwirtschaft von ihr erhofft, nicht haben kann, der Industrie aber die Möglichkeiten einer Wiederbelebung benimmt, und die von der Reichsregierung erstrebten Ansätze zur Behebung der Arbeitslosigkeit gleich im ersten Stadium vernichtet. — Reichsverband der Deutschen Industrie, Krupp von Bohlen und Halbach.“

## Unterdrückungsfeldzug gegen Reichsbanner.

### Zweiter Schlag: Gruppe Ohlau aufgelöst.

Auf Anordnung des stellvertretenden preußischen Staatskommissars Bracht verfügte der Regierungspräsident von Niederschlesien, H a p p, die Auflösung der Ortsgruppe Ohlau des Reichsbanners. Die Staatsregierung sieht in dem Verhalten der Reichsbannerortsgruppe Ohlau bei den blutigen Vorfällen am 10. Juli einen Verstoß gegen § 2 des Vereinsgesetzes, nach dem Vereine aufgelöst werden können, deren Zwecke gegen die Strafgesetze verstoßen.

Dies ist die zweite aus einem ähnlichen Anlaß aufgelöste Reichsbanner-Ortsgruppe. Offensichtlich liegt die Absicht vor, die Unterdrückung des „Reichsbanners“ durch diese Art Kleinkrieg soweit wie möglich zu treiben. Die Willkürlichkeit der Unterdrückungsakte erhellt aus der ungestörten Existenz bekannter nationalsozialistischer Mordstürme wie des Sturms 33.

## Die Nationalsozialisierung der Lehrerschaft.

W. P. Zu der Herbsttagung des Braunschweigischen Landes-Lehrervereins entsandte der Orts-Lehrerverein der Stadt Braunschweig 14 Vertreter, die Studentengruppe des Lehrervereins an der Technischen Hochschule 8 Vertreter. Die Wahlen der Vertreter haben in diesen Tagen stattgefunden. Das Ergebnis: Aus der Stadt Braunschweig werden 8 nationalsozialistische Lehrerstudenten, 11 nationalsozialistische Lehrer und 3 anders gesinnte Lehrer auf der Tagung erscheinen. „Ein schlagender Beweis dafür, daß der Nationalsozialismus in den Reihen der braunschweigischen Volksschullehrerschaft festen Boden gewonnen hat.“ So schreibt die nationalsozialistische „Braunschweigische Landeszeitung“.

Fortschrittliche Lehrer im Braunschweiger Lehrerverein sind der Meinung, daß dieses Wahlergebnis nicht der Stimmung im Verein entspricht. Sie stützen diese Meinung durch den Hinweis darauf, daß die Versammlung, auf der die Delegierten gewählt wurden, schlecht besucht gewesen ist und daß deshalb die (auf Befehl der Parteileitung) zahlreich erschienenen NS-Lehrer die Versammlung majorisieren konnten.

Aber läßt nicht gerade dieser Hinweis darauf schließen, daß die Stimmung unter den Lehrern schlimmer genug ist? Auf der Seite der NS-Lehrer herrscht Angriffsgelüste, auf der anderen Seite entweder Gleichgültigkeit, Resignation oder gar Mangel an Courage, den Nazis entgegenzutreten, weil man sonst bei dem Minister Klages in Ungnade fallen könnte. Die Nazis stoßen in ihrer Tätigkeit entweder gar nicht oder nur in ungenügendem Maße auf den Widerstand, den Lehrer und Erzieher diesen Vertretern der Barbarei entgegenzusetzen sollten.

Unter diesen Umständen ist die völlige Nationalsozialisierung der Braunschweiger Lehrerschaft vielleicht nur noch eine Frage der Zeit.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Bremen:** Mittwoch, 28. September, 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall Nr. 82, I. Thema: Die Wirtschaftspolitik der Papen-Regierung und die Aufgabe der Arbeiterklasse.

**Hannover:** Mittwoch, 28. September, 20.15 Uhr, in der Städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: „Das Papen-Programm zur Rettung des Profits.“

**Hamburg-Hammerbrook:** Dienstag, 27. September, 20.15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung und die Arbeiterklasse. Droht in Deutschland Inflation? Redner: Hellmut Rauschenplat, Berlin, Wirtschaftsredakteur des „Funken“.

**Mainz:** Dienstag, 27. September, 20 Uhr, im Gasthaus Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Papen-Deutschland und der Weg sozialistischer Arbeiterpolitik.

**München:** Dienstag, 27. September, 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Papen-Deutschland und der Weg sozialistischer Arbeiterpolitik.

**Freie Aussprache! Eintritt frei!**

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

89) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag, 1932

Admiral v. Hintze, Legationsrat v. Grünau, Generaloberst v. Plessen und die Generäle Marschall und Schulenburg suchen das Dienstzimmer der Villa auf. Sie sitzen zusammen und stilleren gemeinsam die Abdankungsurkunde, nach der Wilhelm II. als deutscher Kaiser abdanken, aber König von Preußen bleiben will.

Wieder schrillt das Telephon. Der Admiral hebt den Hörer.

„v. Wahnschaffe!“ informiert er die Herren am Tisch. Er versucht, den aufgeregten Unterstaatssekretär in Berlin zu beruhigen: „Die Abdankung ist im Gange, es dauert wirklich nicht mehr lange.“

Graf Schulenburg steht auf und läßt sich den Hörer geben, indigniert ruft er hinein: „Eine so wichtige Entscheidung, wie die Abdankung des Kaisers, kann nicht in wenigen Minuten gefaßt werden. Seine Majestät hat der Entschluß gefaßt. Er wird im Augenblick schriftlich formuliert, und die Reichsregierung muß sich gedulden, bis die Erklärung in ihrer Hand sein wird.“

„Es ist aber höchste Eile, jede Minute ist kostbar...“ In Berlin steht v. Prittwitz neben dem Unterstaatssekretär und hört das Gespräch mit. Er geht ohne einen Moment zu versäumen, den Kanzler aufzusuchen, um ihn von dem Gespräch mit Hintze in Kenntnis zu setzen.

Beim Kanzler befinden sich Dr. Simons, der badische, der bayrische und der württembergische Gesandte, die der Kanzler auf Betreiben des Grafen Bernstorff zu sich gebeten hat, um die Frage der Thronnachfolge zu besprechen. Die Gesandten erklären sich mit dem Vorschlag des Grafen Bernstorff einverstanden, dem Prinzen Max die Regentschaft zu übertragen. Ein Staatsstreich, — aber die Verhältnisse zwingen zu schneller Entscheidung, argumentieren die Herren. Doch der Prinz sträubt sich gegen den Gedanken: „Ja, wenn der Kaiser mich zu seinem Nachfolger ernannt hätte, dann würde ich annehmen; aber so muß ich das Ansinnen ablehnen!“ Die Gesandten erheben sich und gehen.

Der Prinz bleibt allein mit Dr. Simons.

„Jetzt handelt es sich nur darum, die Abdankung rechtzeitig zu veröffentlichen!“

„Geheimrat Simons hat alle Gründe dafür angeführt. Der Prinz hat sie alle anerkennen müssen.“

„Entweder wir danken den Kaiser ab oder Spartakus!“ In diesem Augenblick betritt v. Prittwitz das Kanzlerzimmer; sich überstürzend, meldet er: „Jetzt ist Hintze am Telephon. Hintze sagt, der Kaiser will abdanken. Er will nur die Proklamation selbst aufsetzen.“

„Dazu ist keine Zeit mehr.“ Sagen Sie nur, die Proklamation hätten wir selbst gemacht. Sie muß sofort veröffentlicht werden!“ entgegnet Prinz Max.

v. Prittwitz geht ans Telephon zurück. Doch Wahnschaffe hat schon angehängt.

Der Entschluß des Prinzen ist gefaßt. Er übergibt dem Staatssekretär Simons die Urkunde zur Weiterleitung. Zehn Minuten später wird sie im WTB entgegengenommen. Und es vergeht keine halbe Stunde, bis Zeitungshändler mit Extrablättern durch die Straßen Berlins laufen:

„Der Kaiser hat abgedankt!“

„Der Kronprinz verzichtet auf den Thron!“

„Briedrich Ebert zum Reichskanzler ernannt!“

„Aufruf zur Nationalversammlung!“

Geheimrat Simons ist in das Reichsamt des Innern gegangen. Der Prinz berät sich mit Dr. Solf und Graf Bernstorff über die weiter zu unternehmenden Maßnahmen.

Ein Kanzleidiener tritt ein.

„Die Abgeordneten Ebert, Scheidemann, Bauer und zwei Gewerkschaftsführer wünschen bei Seiner Großherzoglichen Hoheit, dem Herrn Reichskanzler, vorgelassen zu werden!“

„Ich werde die Herren sofort in der Bibliothek empfangen!“

Der Vizekanzler v. Payer wird gerufen. Dann geht der Prinz, begleitet vom Vizekanzler, dem Grafen Bernstorff und Dr. Solf in das Bibliothekszimmer hinüber.

„Ich lasse die Herren bitten.“

Ebert, Scheidemann und Bauer treten ein. Die beiden sozialdemokratischen Arbeiter Brolat und Heller haben sie im Vorzimmer gelassen. Ebert, der ohne Wissen seiner Parteigenossen an diesem Morgen mit dem Prinzen die Frage der Kanzlernachfolge bereits besprochen hat, führt nun aus: „Damit die Ruhe und Ordnung gewahrt werden, haben unsere Parteigenossen uns beauftragt, dem Herrn Reichskanzler zu erklären, daß wir es zur Vermeidung von Blutvergießen für unbedingt erforderlich halten, daß die Regierungsgewalt an Männer übergeht, die das volle Vertrauen des Volkes besitzen. Wir halten es deshalb für nötig, daß das Amt des Reichskanzlers und das des Oberkommandierenden in den Marken durch Vertrauensmänner unserer Partei besetzt wird.“

Wir haben in dieser Sache sowohl unsere Partei als auch die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten geschlossen

hinter uns. Auch die Truppen sind für uns gewonnen. Ob die Unabhängigen in die neue Regierung wollen, darüber sind sie sich noch nicht einig. Falls sie sich dazu entschließen, müssen wir wünschen und verlangen, daß sie aufgenommen werden. Wir haben auch nichts gegen die Aufnahme von Vertretern der bürgerlichen Richtung; nur müßten wir die ausgesprochene Mehrheit behalten. Darüber wäre noch zu verhandeln.“

Die Bibliothek ist nach allen Seiten offen.

Die aus den Arbeitsräumen, aus dem Adjutantenzimmer und den Vorräumen herbeieilenden Herren, auch zufällige Besucher, gruppieren sich um den Prinzen. Auch der Kriegsminister ist erschienen. Der aus dem Reichsamt des Innern zurückgekommene Dr. Simons, der herbeigerufene Unterstaatssekretär Hausmann und Graf Röderer beteiligen sich an der Besprechung.

Die beiden sozialdemokratischen Arbeiter sind durch die auf- und zugehende Tür ebenfalls hereingekommen und stellen sich hinter ihre Parteiführer.

Der Prinz erinnert Scheidemann an seinen als Staatssekretär abgelegten Eid, von dem er noch nicht entbunden sei.

„Ich betrachte mich nicht mehr als Mitglied der Regierung“, erwidert Scheidemann.

Der Prinz wendet sich an Ebert:

„Ich möchte die Frage an Sie richten, ob die sozialdemokratischen Parteiführer den Willen und die Macht haben, zu verhindern, daß die Bewegung in die Bahnen der Gewalttätigkeit hinübergeleitet, und ob sie gewährleisten können, daß die Ruhe ungestört bleibt, wenn nicht geschossen wird?“

Dem seine Worte immer sorgsam abwägenden Ebert kommt Scheidemann zuvor: „Sämtliche Garnisonen und Regimenter von Groß-Berlin sind zu uns übergegangen. Wir kommen soeben aus dem Reichstag, wo Abgesandte aus allen Regimentern uns davon vergewissert haben, auch die Lübbener Jäger, die man als besonders zuverlässig herangezogen hat.“

„Welche Beweise können Sie für diese Behauptung beibringen? Sind Sie sicher, daß Sie selbst die Bewegung leiten können, und daß sie nicht über Ihren Kopf hinweggeht?“ fragt Hausmann.

„Ich glaube bestimmt, daß wir sie leiten können. Urkundliche Beweise für die Haltung der Truppen können wir natürlich nicht beibringen. Aber ich schlage vor, daß Herr Staatssekretär mit einem unserer Parteigenossen in einem Auto an sämtlichen Kasernen vorbeifährt und sich an dem Jubel der Truppen überzeugt, auf welcher Seite sie stehen!“

Diesem Vorschlag lehnt Hausmann ab. (Fortsetzung folgt.)

# Überall Kampf gegen den Lohnabbau.

## Wachsende Kampf Stimmung und wachsende Erfolge.

Die Kunststeinwerke Gebr. Friesecke in Berlin hatten angekündigt, daß sie vom Donnerstag ab die Tariflöhne für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde um 20 Prozent kürzen würden, weil sie nach dem in der Notverordnung angegebenen Stichtag neue Arbeiter eingestellt hätten. Die Belegschaft nahm daraufhin die Arbeit nicht wieder auf; die Firma hat ihren Antrag zurückgezogen.

Die Firma Walter Callmann in Berlin wollte für die 31. bis 40. Wochenstunde ebenfalls einen Lohnabbau von 20 Prozent aus dem gleichen Grunde vornehmen. Die Belegschaft streikte auch hier einen Tag lang. Am nächsten Tage zog die Firma ihre Forderung zurück, und die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Die Firma Emmrich & Schöning in Berlin verlangte aus denselben Gründen wie die erwähnten einen Lohnabbau, wurde aber bereits durch die Ankündigung eines Streiks dazu bewogen, ihre Forderungen erst gar nicht genau aufzustellen, sondern sie ganz fallen zu lassen.

Der gestern gemeldete Streik bei Wittmann in Hagen-Haspe hat Erfolg gehabt. Die Leitung hat die Forderung der Lohnkürzung zurückgenommen. Auch die Kündigung der 400 streikenden Arbeiter ist zurückgenommen worden.

Die Arbeiterschaft der Pittler-Werkzeug-Maschinen A.G. in Leipzig ist in den Streik getreten, weil die Firma einen Lohnabbau vornehmen wollte. Die Arbeiter wenden ein, die Firma sei gezwungen gewesen, infolge neuer Aufträge, also unter allen Umständen Neueinstellungen vorzunehmen. Die Tarifenkündigungsbestimmungen der Notverordnung träfen für sie also nicht zu.

Bei der Firma Lewinsohn in Weissenfels ist die 150 Mann starke Belegschaft in einen Streik getreten. Grund: versuchter Lohnabbau. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die kommunistische Zeitung des Bezirks schreibt:

„Freigewerkschaftliche und RGO-Kollegen haben nur einen Willen: unter allen Umständen den diktierten Lohnabbau abzuwehren.“

Im gleichen Bezirk stehen noch mehrere Streiks bevor, z. B. bei der Firma Pretzsch, bei der mit 162 gegen 7 Stimmen der Streik beschlossen wurde, und bei den Firmen Prast, Böhm und Hahn, alle in Weissenfels.

Außerdem sind weitere Streiks zu erwarten bei der Spinnstofffabrik Zehlendorf (bei Berlin), die einen Abbau der Löhne für zehn Arbeitsstunden um 40 Prozent verlangt, und bei der Buchdruckerei Otto Elsner, Berlin, bei der auf Grund eines Schiedsspruchs die Löhne der graphischen Hilfsarbeiter um etwa 5-12 Prozent abgebaut werden sollen. Das Hilfspersonal der Firma ist bereits in den Streik eingetroten.

### Auch Deutsche Reeder fordern Abbau.

Der Verband Deutscher Reeder ist jetzt mit seinen Vorschlägen für neue Tarife herausgekommen. Natürlich beabsichtigt er weitgehende Heuerkürzungen, außerdem Verschlechterungen in bezug auf Arbeitszeit, Urlaub, Ueberstunden und Funkerzulagen.

Die freigewerkschaftlich organisierten Seeleute haben die Vorschläge entschieden abgelehnt. Hoffentlich nehmen sie sich den kürzlich beendeten Streik der holländischen Seeschiffer zum Vorbild, bei dem die Lohnkürzung abgewehrt worden ist.

### Berliner Buchbinder gegen Lohnabbau.

Die Ortsverwaltung Berlin des Buchbinder-Verbandes beschloß in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus, sich jedem Versuch der Unternehmer, von der Berechtigung des Lohnabbaues Gebrauch zu machen, mit allen Kräften zu widersetzen.

## Deutsche Arbeitslosigkeit steigt, selbst nach amtlicher Statistik.

—t. Nach dem Bericht der Reichsanstalt waren am 15. September bei den Arbeitsämtern 5 261 000 Arbeitslose gemeldet, 38 000 mehr als am 1. September.

Ueber die Zahl der Arbeitsdienstwilligen, der Notstandsarbeiter und der Wohlfahrtsarbeitslosen gibt der Bericht keine neuen Zahlen. Wohl aber können wir ihm entnehmen, daß sich die Unterstützung der Arbeitslosen durch Verschlechterung hat. Trotz Zunahme der amtlich gemeldeten Gesamtzahl, die nach wie vor wohl um etwa 1,5 Millionen unter der wirklichen Zahl der Arbeitslosen liegt, hat gegenüber Anfang September die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung von 697 000 auf 659 000 abgenommen, die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger von 1 295 000 auf 1 280 000.

### Die vertagte Vierzigstunden-Woche.

Die außerordentliche Verwaltungsratsstagung des internationalen Arbeitsamtes hat in der Schlußabstimmung mit 16 Stimmen der Arbeiter-, Regierungsvertreter und des italienischen Unternehmers Olivetti gegen 6 Stimmen der Unternehmer und des englischen Regierungsvertreters beschlossen, ein Abkommen über die Vierzigstundenwoche auszuarbeiten.

Die Kommission zur Ausarbeitung dieses Abkommensentwurfs tritt im Januar 1933 zusammen.

Zu der Beratung dieser Kommission sollen auch Sowjetrußland und die USA eingeladen werden.

Wahrscheinlich wird dann im Januar das Problem infolge mangelnder Aktualität wieder von der Tagesordnung abgesetzt werden.

### Schiedsspruch in der ostsächsischen Textilindustrie.

Die Tarifverhandlungen in der ostsächsischen Textilindustrie wurden am Donnerstag vor dem Schlichter in Leipzig fortgesetzt. Das Ergebnis war, daß der zum 13. August gekündigte Tarifvertrag vom 16. Dezember 1931 mit Wirkung vom 22. September wieder in Kraft gesetzt wurde. Er kann mit vierzehntägiger Kündigungsfrist erstmalig zum 30. November 1932 gekündigt werden.

### Verhandlungen im Ruhrkohlenbergbau.

Der Schlichter für den Bezirk Westfalen hat die Tarifparteien des Ruhrkohlenbergbaus zu Schlichtungsverhandlungen für Sonnabend nach Essen eingeladen.

In Liverpool fanden am Donnerstag wieder Kundgebungen von Arbeitslosen statt. Die Polizei wurde von den Massen mit Steinen, Flaschen und anderen harten Gegenständen beworfen. Es gelang ihr erst, gegen die Demonstranten vorzugehen, als sie von Blackpool aus Verstärkung erhalten hatte.

### Verwaltungs-Rationalisierung in Rheinland-Westfalen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist durch Erlaß des preussischen Ministers des Innern vom 15. September 1932 mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 die Zusammenlegung einer Reihe rheinischer und westfälischer Ämter in den Kreisen Cochem, Düren, Prüm, Wittlich, Daun und Wittgenstein verfügt worden. Hierdurch wird die Zahl der Ämter in den betreffenden Gebieten von 35 auf 14 vermindert.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker- und Verlags-GmbH, Berlin SO 36, Eilschuhstr. 28/29.

## „Erst das Essen, dann die Miete!“



Diese Parole steht an einem Hinterhaus der Köpenicker Straße 34/35. Rote Fahnen mit Hammer und Sichel, den drei Pfeilen oder dem Hakenkreuz hängen aus den Fenstern. Viele Proleten stehen auf dem Hof und unterhalten sich aufgeregt. Hier ist ein Mieterstreik ausgebrochen! Ich gehe in das Haus. Ich muß mich bücken, um in die Keller„wohnung“ der Familie W. zu kommen. Zwei dunkle Löcher dienen ihr als Wohnung. Mutter und Kind haben je ein Bett.

Der Vater schläft in Decken gehüllt auf dem Fußboden. In diesem Schlafloch ist es feucht, kalt und dunkel. Selbstverständlich sind hier viele Wanzen und anderes Ungeziefer. Das kleine Baby hat Wanzenbisse im Gesicht. Die Eltern können es nicht schützen.

In diesem bestreikten Hause wohnen etwa 60 Familien. Allen geht es ähnlich wie der Familie W.: arbeitslos, schlechte Wohnräume. Für die zwei Kellerlöcher hat W. monatlich 12,65 Mark zu zahlen.

Der Mieterausschuß, der diesen Streik führt, ist überparteilich. Er besteht aus 4 Kommunisten, 1 Parteilos und einem Nazi. Hoffentlich gewinnen die Proleten den Streik, der um Herabsetzung der Mieten und um Bewilligung notwendiger Hausreparaturen geht! H. H. H. H.

Der Höhen-Weltrekord im Fallschirmabsprung ist jetzt 7300 Meter. Er wurde am Dienstag erreicht von der Pilotin Frau Lola Schröder aus Chemnitz, die bei Kiel aus einem Wasserflugzeug absprang.

Einen neuen Höhenweltrekord für Flugzeuge stellte der französische Flieger Signerin auf, der 10 450 Meter Höhe erreichte. Der bisherige Weltrekord wird dadurch um 176 Meter übertroffen.

# ISK

7. JAHRGANG 9. HEFT SEPTEMBER 1932

### Inhalt:

WALTER FLIESS:

## Zum Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht

\*

GUSTAV HECKMANN:

## Mehr Politik! Zur Klassenlage in Deutschland.

\*

Zum Nachdenken:

Demokratischer Kampf.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

### Moritz-Zarnow gegen Kuttner.

Das Landgericht II in Berlin verhandelte über die von Moritz-Zarnow eingelegte Berufung gegen seine Verurteilung wegen Beleidigung des Sozialdemokraten Kuttner. Das Landgericht verwarf die Berufung, ermäßigte aber die Strafe von drei Monaten Gefängnis auf 900 Mark Geldstrafe. Grund: Der Beleidiger habe in gutem Glauben gehandelt.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....  
Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

## Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine) garantiert reine Nuß-Fette  
Sonder-Angebot:  
Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.  
Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.  
Frischkost-Reformhaus  
**Ernst Held, Magdeburg**  
Otto v. Guerickestraße 104.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

## Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen G. Funke

Elektrotechniker  
GÖTTINGEN / Judenstraße 3, III.

Die neuen Stoffmusterkollektionen für Herbst und Winter sind eingetroffen. Bestellen Sie schon jetzt! Arbeit nach Maß! / Preis mit Maß!  
Rudolf Schönhelt, Herren- u. Damenmoden  
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. I.

### BERLIN

## KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

Ab 23. Sept.:  
**Erfahrene Frau gesucht.**  
mit Colleen Moore.  
Anny Ondra: Die grausame Freundin.  
Fox lösende Wochenschau  
Anfangszeit: 17. 18.30 u. 20.45 Uhr

Freunde und Leser des „Funken“!  
Unterstützt Eure Zeitung!  
Verkt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate  
stellt schnell, sauber und billig her  
**Oscar Wettig, Gelnhausen**

Sprechapparate Koffer/Schattellen/Schränke  
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!  
**Otto Pfothauer, Wolmar, Röhrstr. 40.**

## Gandhi im Hungerstreik!

Der Hungerstreik Ghandis für die Rechte der Parias (Unberührbaren) ist ein neues Signal für die Kämpfe des indischen Volkes. Wer sind die Parias und warum werden gerade sie besonders unterdrückt?

Wer die Ursachen und den Weg der bisherigen Kämpfe kennen lernen will, der lese:

## Indien in der Zange. Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes. Von Karl Hinkel.

Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseartikeln:  
„Der Verlag „Öffentliches Leben“ hat sich durch dieses Buch ein Verdienst um die Kultur erworben. Es wäre sehr zu beklagen, wenn es in der Hochflut des Büchermarktes nicht die gebührende Beachtung fände.“ („Die Geistesfreiheit“ vom 1. 9. 1932.)  
„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine verheißungsvolle Studie über die Verhältnisse der kapitalistischen Welt.“ („Das Andere Deutschland“ Nr. 16. 1932.)  
„Der Verfasser versteht es meisterhaft, die wirtschaftliche Not eines großen Volkes in klaren Strichen zu zeichnen.“ („Gewerkschaft“ Nr. 22. 1932.)  
„Zum wohlthuenden Unterchied von der durch die Gandhi-Bewegung ausgelösten großen indischen Literatur, die sich vorwiegend mit den ethischen und politischen Seiten des Problems Indiens beschäftigt, zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen.“ („Internationale Gewerkschaftsbewegung“ Nr. 6. 1932.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.  
Postcheckkonto Berlin 313 42.



# Vom degenerierten Parlamentarismus.

## Radau und Grammophonplatten.

Die Deutschnationalen wollten am Donnerstag im preussischen Landtag die Nazis entlarven: statt eines nationalsozialistischen Antrags, in dem gewunden und verklauert die Beamten zum Gehorsam gegenüber der kommissarischen Regierung angehalten wurden, brachten die Deutschnationalen einen Antrag ein, nach dem klipp und klar der Landtagsbeschluss gegen die Gehorsamspflicht der Beamten zurückgenommen werden sollte. Als der Deutschnationale Steuer diesen Antrag begründen wollte, vollführte die Nazis so laute Unterhaltungen, daß Steuer's Worte erheblich unverständlich blieben, als es in den Parlamenten sowieso Brauch ist. Kerrl unterbrach die Sitzung. Nach der Wiedereröffnung wiederholte sich das Theater, und Kerrl unterbrach wiederum, da es ihm nicht gelang, Ruhe zu schaffen. Als die Sitzung zum dritten Mal eröffnet wurde und Steuer zum dritten Mal das Wort erhielt, marschierten die Nazis bis auf einige Horchposten heraus.

Später kam es dann wiederholt zu nationalsozialistischen Lärmenszenen, als der Staatspartei Nuschke gegen Kube sprechen wollte. Wieder zweimal Unterbrechung der Sitzung. Beratung des Ältestenrats über das Verhalten der Nazis. Der Ältestenrat rafft sich nicht zu einem Beschluss auf. Wiedereröffnung der Vollsitzung. Nuschke setzt wiederum zu seiner Rede an mit der Bemerkung, er wolle nicht auf das Niveau Kubes hinuntersteigen. Wieder Krach seitens der Nazis. Kerrl schloß dann Nuschke von der Sitzung aus.

Es ist klar, daß diese Selbsterniedrigung des Parlamentarismus heute nur denjenigen Wasser auf die Mühle liefert, die lieber heute als morgen das Parlament verjagen oder in seinen Befugnissen auf den Rang seines heutigen Niveaus herabdrücken möchten. Es ist bei dem schon zur Gewohnheit gewordenen Tiefstand der parlamentarischen Verhandlungen kaum zweifelhaft, daß den Reaktionären jener Plan gelingen wird.

## Hier werden die Rechte der Volksvertretung gewahrt!

Aus der Zeugenvernehmung vor dem Ueberwachungsausschuss des Reichstages:

**Zeuge Göring:** Der Reichskanzler habe weder gesagt: „Ich bitte ums Wort“ noch sonst irgend etwas, sondern der Staatssekretär sei zum Kanzler gegangen und habe sich dann zu dem Präsidenten begeben und gerufen: „Der Herr Reichskanzler bittet ums Wort“. Darauf habe er erklärt, daß dies selbstverständlich erfolgen würde, wenn die Abstimmung vorbei sei. Später habe der Kanzler mit zitternder Hand das Dekret auf den Tisch gelegt, mit der weißen Seite nach oben, doch habe er, der Zeuge, es weggeschoben.

Auf die Frage, ob er ostentativ nach links gesehen habe, erklärte der Präsident, es könne davon keine Rede sein, und er würde dem Reichskanzler selbstverständlich vor der Abstimmung das Wort gegeben haben. Der Kanzler hätte sich nur vor Eintritt in die Sitzung schon zum Wort zu melden brauchen. Im übrigen sei auch kein wahres Wort an der Behauptung, daß man ihn darauf aufmerksam gemacht hätte, daß der Reichskanzler ihn an einer bestimmten Tür zum Sitzungssaal erwarte. Er sei auf dem Wege über die Fraktion zum Präsidentenstuhl gegangen, um mit Dr. Frick etwas zu besprechen, und nicht etwa, um dem Kanzler zu entgegen.

**Abgeordneter Schreck (Soz.):** Es ist die Vermutung geäußert worden, daß Sie entschlossen gewesen wären, alles zu tun, um den Reichskanzler nicht zum Wort kommen zu lassen.

**Zeuge Präsident Göring:** Ich habe selbstverständlich die Pflicht, alles zu tun, um der Volksvertretung zu ihrem Recht zu verhelfen. Wenn ich weiß, daß der Reichskanzler unter allen Umständen eine Abstimmung verhindern will, so habe

ich zu überlegen, was ich im Rahmen der Verfassung und der Geschäftsordnung tun kann, um eine solche Abstimmung herbeizuführen. Ich bestreite gar nicht, daß ich alle Möglichkeiten ausnutzen wollte, um dem eigenartigen Schauspiel der Regierung vorzuzukommen.

**Die Schallplatte:** Die Uebertragung des sehr unruhigen Teils der Sitzung rief bei den Ausschußmitgliedern lebhafteste Heiterkeit hervor. Nach Ansicht des Vorsitzenden wird eine wesentliche Aufklärung durch die Platte nicht gebracht.

## Landtagsbeschlüsse.

1. Einsetzung eines von den Nazis beantragten „Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der aus Staatsmitteln gegebenen Unterstützungen für Zeitungen der Zentrums- partei, der Staatspartei und der sozialdemokratischen Partei.“

2. Ablehnung eines Antrags des Geschäftsordnungsausschusses auf Aufhebung der Immunität von Otto Braun zwecks Durchführung einer Privatklage Hitlers.

3. Annahme des nationalsozialistischen Kompromißantrags zur Frage der Gehorsamspflicht der Beamten. Der Antrag lautet:

„Soweit die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preußen von der am Ruder befindlichen Regierung gemäß dem von ihr beschworenen Eid geachtet und durchgeführt wird, ist es Pflicht der Beamten und Staatsangestellten Preußens, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu stützen.“

Für den Antrag stimmten nur die Nazis; dagegen die Kommunisten, Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei.

4. Ablehnung des deutschnationalen Antrags, der die Aufhebung des Landtagsbeschlusses vom 30. August (Nicht- anerkennung der Gehorsamspflicht der Beamten) verlangte. Für den Antrag stimmten außer den Deutschnationalen nur wenige Vertreter kleiner bürgerlicher Gruppen.

5. Annahme des folgenden Teils eines Kompromißantrags des Zentrums:

„Der Landtag spricht den Beamten Dank und Anerkennung aus. Gleichzeitig gibt er der Erwartung Ausdruck, daß die preussischen Beamten auch fernerhin ihre dienstlichen Obliegenheiten getreu der bewährten Berufstradition des preussischen Beamtentums zum Besten des Staats und Volks unparteiisch und gewissenhaft erfüllen werden.“

**Die Frage:** „Was wird Papen dazu sagen? Wird ihm dieser Rückzug genügen?“ beschäftigt jetzt die „parlamentarischen Kreise“. Papens Antwort wird am Freitag erwartet.

**Der Abgeordnete Nuschke veröffentlicht eine Protest- erklärung gegen die „unerhörte Parteilichkeit des Präsi- denten“ (Kerrl).** Nachdem Kube ihn (Nuschke) als „Mossche Filzlaus“ bezeichnet hatte, habe Nuschke die Bemerkung gemacht, er beabsichtige nicht, auf das Niveau des Herrn Kube hinabzusteigen. Darauf habe Kerrl ihm nicht nur das Wort entzogen, sondern ihn auch aus der Sitzung ausgeschlossen. Nuschke hat gegen seinen Aus- schluß die Entscheidung des Landtags angerufen.

**Die Kommunisten im Auswärtigen Ausschuss des Reichs- tages** haben die Einberufung des Ausschusses beantragt.

**Fünfzehn von Bracht aufgelöste preussische Land- kreise** haben beim Staatsgerichtshof auf Ungültigkeits- erklärung der fraglichen Verordnung und Erlaß einer einst- weiligen Verfügung gegen die derzeitige preussische Re- gierung geklagt.

**Der Staatsgerichtshof dementiert** die durch die Presse gegangene Nachricht, daß er am 6. Oktober in der Streit- sache Reich-Preußen verhandeln werde; keinesfalls könne die Terminfestsetzung schon auf den 6. Oktober fallen.

## Der Gastgeber der ostpreussischen Attentäter freigelassen.

### Wegen „schweren Nervenleidens“.

Die Justizpressestelle Königsberg teilt mit: „Der Haft- befehl gegen den Landwirt Albrecht von Perbandt (Pomedien) ist am Donnerstag aufgehoben und von Per- bandt aus dem neuen Gerichtsgefängnis in Königsberg entlassen worden, weil der Strafanstaltsmedizinalrat Lan- gen und der Facharzt Telemann nach fortgesetzter Un- tersuchung und Behandlung des von Perbandt ihn wegen eines seit längerer Zeit bestehenden schweren Ner- venleidens, das sich in der Untersuchungshaft erheblich verschlimmert hat, für haftunfähig erklärt haben und Dr. Langen eine längere Inhaftierung des von Per- bandt ohne schwere Gesundheitsstörungen für ihn nicht vertreten zu können glaubt. Von einer Aufrechterhaltung des Haftbefehls und Ueberführung des von Perbandt in eine Nervenanstalt auf Kosten der Staatskasse ist abge- sehen, weil ihm lediglich, wie bereits früher mitgeteilt, ein Vergehen gegen § 57 StGB (Begünstigung) zur Last gelegt wird.“

Verdunkelungsgefahr liegt offenbar nicht vor!

## Vom Berliner Kommunistenprozeß.

Der Zeuge Engelhard hat die Schießerei von seinem Fenster aus beobachtet. Er ist davon überzeugt, daß die Nationalsozialisten von der Seite, auf der ihr Lokal liegt, geschossen haben, während er nicht bemerkt hat, daß von der anderen Seite auch geschossen worden sei. Der Zeuge hat auf der Polizei einige Menschen, beschuldigt, darunter den Angeklagten Sterdt. Nachdem Engelhard seine Aussagen bei der Polizei gemacht hatte, sah er dann den Mann, dem er meinte, auf der Polizei gegenübergestellt worden zu sein, wieder in dem Lokal des Sturms 33 in der Röntgenstraße stehen. Er wollte seine Aussagen gegen Sterdt daraufhin wieder zurücknehmen, wurde aber bei der Polizei mit der Begründung abgewiesen, die Akten seien schon beim Gericht.

Der Zeuge Engelhard widersprach sich zwar einige Male, kann aber in den wichtigen Punkten seiner Angaben als glaubwürdig angesehen werden. Seine Aussagen werden außerdem noch vervollständigt werden durch die Aussagen seiner Frau und seines Sohnes, die den Vorfall mit an- gesehen haben. Engelhard sympathisiert nicht mit den Kommunisten, sondern gab an, nationaler Gesinnung zu sein.

## Rechtsanwalt Litten gegen Landgerichtsdirektor Bode.

### Zum Felsenack-Prozeß.

Der aus dem Felsenack-Prozeß bekannte Verteidiger Lit- ton, dem vom Berliner Schwurgericht die Verteidigung ent- zogen worden war, hatte, nachdem schließlich der Prozeß auf- flog, gegen den Vorsitzenden des Schwurgerichts, Land- gerichtsdirektor Bode, sowie die Beisitzer Kuhlo und Frigge bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Rechtsbeugung, Beleidigung und vollendeter sowie versuch- ter Nötigung im Amt erstattet. Ebenfalls erstattete Litten gegen die Justizwachmeister Strafanzeige wegen Beihilfe zur vollendeten und versuchten Nötigung im Amte. Rechtsanwalt Litten erblickte die Rechtsbeugung in dem Schwurgerichts- beschluß, der ihn von der weiteren Verhandlung ausschloß. Die Beleidigung wird von ihm in der Begründung dieses Be- schlusses erblickt, in der davon gesprochen wird, daß Lit- ton den Gerichtssaal zum Tummelplatz seines politischen Fanatismus und seiner politischen Leidenschaften gemacht habe. Die Nötigung sieht Litten in der an die Justizwach- meister gegebenen Anweisung, Litten weiterhin am Betre- ten des Schwurgerichtssaales zu verhindern. Rechtsanwalt Litten beabsichtigte auch, unabhängig von der Strafanzeige, Landgerichtsdirektor Bode und die beiden beisitzenden Rich- ter für die Kosten des Felsenack-Prozesses schadenersatz- pflichtig zu machen.

Nachdem die Strafanzeige bei dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht I in Berlin eingegangen war, hat Ober- staatsanwalt Köhler, der Leiter des politischen Dezernats der Staatsanwaltschaft I, das Verfahren eingestellt, da die Staatsanwaltschaft in der Darstellung des Anzeigerstatters Litten eine strafbare Handlung der von ihm Beschuldigten nicht erblickt hat.

## Die Fahrt zum Bauplatz.

R. Bl. Paris, September 1932.

Unser Bauplatz liegt weit von der Stadt entfernt. Wir sind da 250 Kollegen. Viele von uns fahren mit der Straßen- bahn von einem der Tore von Paris aus hin, und nachher gehen wir eine Stunde lang auf einer Straße, die sich zwischen großen Bäumen und Gärten hinzieht. Dieser jeden Morgen, jeden Abend wiederholte Weg zur Arbeit dauert für manche täglich vier Stunden. „Wir sind halbtot, ehe wir noch mit der Arbeit anfangen“, sagte einmal ein Genosse zu mir.

Morgens in der Straßenbahn lesen wir fast alle unsere Zeitung: viele die kommunistische „Humanité“, einige den sozialistischen „Populaire“, viele auch bürgerliche Zeitungen, einige Spanier das spanische Anarchistenblatt „Solidaridad Obrera“. Während der ersten Hälfte der Fahrt lesen wir fast alle; dann schlafen manche noch einmal ein.

Eines Morgens stieg ich zusammen mit einem jungen Spanier in die Straßenbahn ein. Er hielt die „Solidaridad“ in der Hand. „Na, was sagt denn heute Deine „Solidaridad“?“, fragte ich. Wir setzten uns neben einander. Er lachte zu- frieden über das ganze Gesicht. Warum wohl? Er war er- staunt, einen Genossen zu treffen, mit dem er über Spanien sprechen konnte. Wir unterhielten uns über den Aufstand Sanjurjos. „Ich bin Anarchist“, sagte er, „Gewerk- schafter, ... in unserer Mannschaft sind alle organisiert. ... Die Sozialisten haben uns verraten, auch in Spanien ... Stolz zeigte er mir seine „Solidaridad“.

Seit jenem Morgen gibt er mir jeden Tag die Zeitung zu lesen, und wenn ich komme, lacht er mir schon von weitem zu, als wollte er sagen: „Wir sind Genossen.“

Roberto ist ein italienischer Genosse. Er mußte vor dem Faschismus aus Italien fliehen. Er fuhr damals nach Argentinien. Als die Krise kam, ging er nach Frankreich. Er interessiert sich sehr für die Politik, hat in seiner Tasche

die Mitgliedskarte der Sozialistischen Partei Italiens und der italienischen Liga für Menschenrechte. „Seitdem ich arbeite“, sagte er, „bin ich gewerkschaftlich organisiert. Als ich in Frankreich Arbeit bekam, ging ich noch in der ersten Woche zum Verbandsbüro und ließ mir eine Mitgliedskarte geben. So zu handeln, ist Sache der Moral“, fügte er hinzu.

Roberto ist oft niedergeschlagen; er sieht die Fehler der KP und der SP. „Warum haben die deutschen Genossen denn nicht von uns gelernt?“ sagte er einmal unterwegs zu mir, „so ist die Katastrophe in Italien ganz umsonst gewesen.“ Er sagte das mit müder Stimme, als ob er plötzlich an der Verwirklichung des Sozialismus zweifelte.

Roberto möchte gern gute politische Arbeit leisten. Aber — „ich bin Ausländer! — Und, guck mal, René, vier bis fünf Stunden Fahrt pro Tag, das ist meine Politik, ... und die Familie ernähren muß ich ja auch.“

Fernand und Petit Louis arbeiten auch in unserer Mannschaft. Der eine ist Syndikalist der alten Schule, der andere ist Kommunist. Die Beiden sind befreundet. Sie fahren auch zusammen zur Arbeit.

Sie sind typische Franzosen: schimpfen über dieses System, haben zwei oder drei Jahre lang aktiv in der Arbeiter- bewegung mitgearbeitet, haben dann schlechte Erfahrungen gemacht, Enttäuschungen erlebt, — und dann haben sie sich verheiratet und ein Häuschen gebaut. Sie denken noch revolu- tionär, lesen die kommunistischen Zeitungen; weiter geht es aber nicht mehr.

Dieser Tage haben sie sich sehr für den Amsterdamer Anti-Kriegskongreß interessiert und sich viel darüber unter- halten. Im Anschluß an diesen Kongreß fand in Paris eine große Versammlung statt.

„Wir können nicht hingehen“, sagten sie zu mir, „wir würden erst um zwei Uhr nachts wieder zu Hause sein und dann müssen wir ja schon bald wieder aufstehen.“ — „Und Du, gehst Du hin?“ — „Du weißt ja, daß ich kein Franzose bin, und Du kennst ja die Polizei!“ — „Du hast doch wohl keine

Angst? — Oder? — Oder hast Du vielleicht kein Geld? Wenn es so steht, bezahlen wir es und Du erzählst uns morgen davon. — Wenn Du als Ausländer nicht hingehen willst, geben wir Dir unsere Papiere, dann besteht ja keine Gefahr!“ Ich wollte immer noch nicht. Sie verstanden das nicht und fingen an, mich zu verspotten. Ich sagte nichts mehr. Als wir dann zur Straßenbahn gingen, kamen sie beide auf mich zu und sagten: „Eigentlich hast Du ja ganz recht, wir haben es auch nicht böse gemeint.“

Abends herrscht eine ganz andere Stimmung in der Bahn als morgens. Wir fallen alle fast um vor Müdigkeit. Fast alle schlafen, die Hände liegen lose auf den Knien, der Kopf ist auf die Schulter des Nachbarn gestützt. Politische Gespräche gibt es nicht mehr. Die Ermüdung unserer Körper kämpft für unsere Gegner.

## 1 „Funke“ = 1 Ei + 5 Pfennig.

W.P. Eine alte Bauersfrau will mir einen „Funken“ abkaufen. Sie sucht im Schrank, im Tischkasten und noch an anderen Stellen nach einem Groschen. Unterdessen setze ich mich mit dem Sohn über den Wert der „Internationale“ aus- einander. Plötzlich tritt die alte Frau auf mich zu, drückt mir ein Ei in die Hand, legt fünf Kupfer-Pfennige dazu und sagt — es klingt wie eine Entschuldigung: „Wir haben kein bares Gold!“

Ich bedanke mich und stecke das Ei in die Tasche. „Drücken Sie es aber nicht kaputt!“ warnt der junge Bauer, als ich mich verabschiede. Ich habe die Warnung beachtet und das Ei unzerbrochen nach Hause gebracht.

Unterwegs — als mich die Sorge um das Ei nicht ganz losließ — habe ich mir vorzustellen versucht, was uns beim „Funken“-Vertrieb auf dem Lande noch alles blühen kann, wenn das Bargeld noch knapper wird als es bisher schon immer war, und die komplizierten Methoden des Natural- tausches wieder zu Ehren kommen.

# Generalprobe für die Weltwirtschaftskonferenz.

## Das Ergebnis von Stresa: Berichte, Gutachten, Empfehlungen.

Die Generalprobe für die Weltwirtschaftskonferenz ist jetzt in Stresa abgeschlossen worden. Um es vorweg zu nehmen: Unter den an der Konferenz von Stresa beteiligten Mächten konnte völlige Einigkeit erzielt werden über die Maßnahmen, die zu empfehlen sind, wenn man die Krise in den Agrarländern Mittel- und Osteuropas zu mildern wünscht. Aber über die Empfehlungen hinaus reicht die Einigkeit nicht. Ist der Grund für dieses Versagen darin zu suchen, daß die an der Konferenz beteiligten Mächte nicht den Wunsch haben, die Krise zu mildern? Keineswegs. Der Grund liegt vielmehr darin, daß zwar alle wünschen, die Krise möge gemildert werden, aber nicht auf ihre eigenen Kosten. Dieser Fall liegt ebenso, wie der des Abbaus der Handelschranken: Jedes Land tritt für den Freihandel ein, wenn es sich um den Nachbarn handelt!

Darum hat sich auch in Stresa jeder der beteiligten Mächte bemüht, ihren Nachbarn gute Ratschläge zu geben, was sie für Maßnahmen gegen die Krise in den osteuropäischen Agrarstaaten ergreifen könnten.

Das Problem, das in Stresa gelöst werden sollte, war: wie kann die Krise in den mittel- und osteuropäischen Agrarländern behoben werden, genauer: wie können diese Länder wieder aufnahmefähig gemacht werden für industrielle Produkte aus den mittel- und westeuropäischen Industrieländern und wie kann es ihnen wieder möglich gemacht werden, ihre Schulden an Frankreich und England zu begleichen? Es ist also nicht das Interesse, den südosteuropäischen Bauern aus ihrer Notlage zu helfen, das Tardieu dazu bewegen hat, den Plan der Donau-Föderation auszuhacken, und das zu dem Beschluß der Lausanner Reparationskonferenz geführt hat, in Stresa eine Wirtschaftskonferenz abzuhalten. Es sind völlig kapitalistische Interessen, die den Weg nach Stresa gewiesen haben. Wenn sie aber dadurch befriedigt werden, daß den Agrarländern ein Absatzmarkt für ihre Produkte geschaffen wird und sie sich für den Erlös ihrer Ausfuhr mehr Industriewaren kaufen können, also Arbeiter in England, Deutschland und Frankreich dadurch Beschäftigung finden, so ist gegen die aus diesem Interesse erwachsenden Bemühungen im Augenblick nichts weiter einzuwenden.

### Wohin mit dem Getreide?

Die Handelsvereinbarungen, die in Stresa vorgeschlagen worden sind, laufen darauf hinaus, daß die einzelnen Industriestaaten sich verpflichten, den einzelnen osteuropäischen Agrarstaaten Getreide zu Vorzugsbedingungen abzunehmen. (Dieser Vorschlag entspricht nicht dem französischen Wunsch, ein europäisches Kollektivabkommen zwischen den Industriestaaten einerseits und den Agrarstaaten andererseits zustande zu bringen.) Von solchen Vereinbarungen versprechen sich die Agrarstaaten einen Gewinn von 45 Millionen Schweizer Franken (86 Millionen Mark) im Jahr. Da nicht alle Staaten bereit sind, den Agrarstaaten günstige Vorzugsbedingungen zu gewähren, sollen diejenigen, die es nicht tun, eine bestimmte Summe in einen internationalen Fonds zahlen, der zur Finanzierung der Ausfuhr zu niedrigen Preisen benutzt werden soll. Dieser Fonds wird — so hoffen die Agrarstaaten — 200 Millionen Schweizer Franken (160 Millionen Mark) im Jahr erbringen.

Es ist nicht zufällig, daß diese Empfehlung nur eine Empfehlung geblieben ist und nicht zu einem Vertrag wurde. England zum Beispiel ist zwar mit der Empfehlung einverstanden, nur nicht mit deren Anwendung auf das eigene Land. England hat sich in Ottawa verpflichtet, britischen Weizen zu Vorzugsbedingungen einzuführen, es kann jetzt nicht auch noch europäischen Weizen zu Vorzugsbedingungen kaufen. Eine Zusage auf finanzielle Leistungen will die englische Regierung auch nicht machen. Von England wird den Agrarstaaten also in dieser Hinsicht keine Hilfe ergehen.

Wie steht es mit Deutschland? Die deutsche Delegation hat, seitdem die Frage des Ausgleichs zum ersten Mal vorgebracht worden ist, konsequent erklärt, daß Deutschland sich in finanzieller Hinsicht keineswegs binden könne. Will Deutschland statt dessen den Agrarstaaten Vorzugsbedingungen gewähren? Auf der Konferenz hat die deutsche Delegation für derartige Abkommen stets großes Interesse bezeugt. Wenn man aber bedenkt, daß Deutschland sich in bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln immer mehr der Autarkie nähert, wenn man ferner bedenkt, daß die gegenwärtige deutsche Regierung sich nicht leichten Herzens dazu bereit erklären wird, deutsche Landwirte auf Kosten ausländischer zu schädigen, dann scheint es nicht sehr wahrscheinlich zu sein, daß die osteuropäischen Agrarstaaten von Deutschland in der Frage der Bevorzugung viel zu erwarten haben.

Auch von Oesterreich haben die Agrarstaaten nicht viel zu erwarten, da die diesjährige Ernte so groß ist, daß der österreichische Zuschußbedarf an Getreide in diesem Jahr außergewöhnlich gering ist. Die Tschechoslowakei wird in diesem Jahr sogar noch Getreide ausführen. Italien wird lieber einen finanziellen Beitrag für den Ausgleichs Fonds zahlen, als den europäischen Agrarstaaten Vorzugsabkommen zu gewähren, da es nicht seine Beziehungen zu Argentinien verderben will. Holland billigt von den ganzen Vorschlägen der Konferenz nur einige Teile des Finanzberichts, erklärt sich also nicht bereit, den europäischen Agrarstaaten mehr Getreide abzunehmen. Frankreich ist die einzige der auf der Konferenz vertretenen Mächte, die sämtliche Vorschläge der Konferenz vorbehaltlos angenommen hat, auch die über die Vorzugshandlung von Getreide aus Osteuropa.

Dieser Ueberblick wirft die Frage auf: wohin sollen denn die Agrarstaaten nun ihr Getreide verkaufen? Da es den Diplomaten in Stresa nicht gelungen ist, auf diese Frage eine befriedigende Antwort zu geben, haben sie sich eben damit begnügt, Empfehlungen zu machen, eigentlich sogar nur damit, festzustellen, was getan werden müßte, wenn die Krise gemildert werden sollte. Außerdem haben sie versucht, auf finanziellem Gebiet die Hilfe zu leisten, die auf handelspolitischem Gebiet nicht geleistet wird.

### Schulden zahlen ohne Ausfuhrüberschuß?

Der Finanzausschuß betont in seinem Bericht wiederholt, für jeden Staat seien letzten Endes individuelle Lösungen anzustreben. Diese Feststellung enthebt den Ausschuß schon weitgehend der Pflicht, über Allgemeinheiten hinauszugehen. So fährt er denn fort: Solche individuellen Lösungen schlossen

innere und äußere Maßnahmen ein. Zu den inneren seien zu rechnen eine Deflationspolitik (also Einschränkung des Kredits im Inland) und eine Ausgleichung der Haushalte. An äußeren Maßnahmen empfiehlt der Ausschuß eine möglichst individuelle Schuldenregelung zwischen Gläubigern und Schuldner, bei der die Erhöhung des Goldwertes während der Krise in Betracht gezogen werden soll, außerdem die Beseitigung der Handelshindernisse, vor allem der Kontingente und der Devisenbestimmungen.

Diese Vorschläge bringen die Frage, um die es in Stresa geht, ihrer Lösung noch nicht viel näher: wenn es so einfach wäre mit der Beseitigung der Handelshindernisse, dann hätte ja der Wirtschaftsausschuß der Konferenz zu praktischen Ergebnissen führen können. Und der Vorschlag, die Schulden abzuwerten, befriedigt nicht die westeuropäischen Kapitalisten, denen erstens nicht daran liegt, daß ihre Schulden abgewertet werden, und die zweitens einsehen, daß die Agrarstaaten auch verminderten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können, wenn sie keinen Ausfuhrüberschuß haben. Daher empfiehlt der Finanzausschuß noch eine weitere Maßnahme. Ein zweiter internationaler Fonds soll eingerichtet werden, in den alle Staaten rückzahlbare Beiträge leisten. Dieser Fonds dient zur Stützung der Währungen der Agrarstaaten. Eine solche Regelung ließe daraus hinaus, daß alle an der Konferenz

beteiligten Industriestaaten dazu beitragen, daß die Kapitalisten, die Kapital in Osteuropa angelegt haben, dabei nichts verlieren. Natürlich steht auch in Bezug auf diesen Punkt nicht fest, ob der Vorschlag der Konferenz verwirklicht wird.

In den Ländern, denen in Stresa geholfen werden sollte, ist die Enttäuschung über die kläglichen Ergebnisse der Konferenz verständlicher Weise groß. Die ungarische Zeitung „Pester Lloyd“ schreibt, man habe den Eindruck, nach Ansicht der westeuropäischen Mächte könnten Mittel- und Osteuropa verrecken, wenn nur die Gläubigerländer heil davorkommen. Diese Ansicht scheint berechtigt zu sein, wenn man bedenkt, daß die englischen „Financial News“ schreiben, England werde es hoffentlich nicht zulassen, daß die Regierungen dieser „bankerotten Länder“ darangehen, die Guthaben der Engländer nach eigenem Gutdünken abzuschreiben.

Ein Weg, der aus der Krise herausführt, ist auf dieser Konferenz nicht besprochen worden, weder ein kapitalistischer noch ein sozialistischer. Wenn die Weltwirtschaftskonferenz, die im Winter in London stattfinden soll, die Hauptauführung des gleichen Stückes bringt, das auf der Generalprobe in Stresa kläglich durchgefallen ist, dann können wir uns nur dafür einsetzen, jene Konferenz schon vor ihrem Beginn zu begraben.  
Hilde Meisel.

## Was für Arbeit die Papen-Regierung beschafft.

### 1. Reichsbahn.

Die Reichsbahn will die Steuergutscheine, die sie im Laufe eines Jahres bekommen wird, „vorfinanzieren“ lassen. Hier findet also voraussichtlich eine Kreditausweitung in Höhe von 180 Millionen Mark statt. Der Verwaltungsrat hat den Generaldirektor sogar beauftragt, darüber hinaus weitere 100 Millionen Mark „zu beschaffen“.

Was soll damit beschafft werden? Vom 1. Oktober 1932 ab sollen 8 Monate lang je 40 000 Tonnen Eisenbahnerbaustoffe gekauft werden, außerdem die entsprechenden Mengen Schwellen und Steinschlag. Eine großzügige Subvention für die Schwerindustrie! Im Monat August betrug die Produktion von Eisenbahnerbaustoffen nur 6800 Tonnen.

Künftig kann die Schwerindustrie also allein für die Reichsbahn monatlich das sechsfache produzieren.

Im einzelnen sollen die 180 Millionen Mark folgendermaßen verteilt werden:

	Millionen Mark
Oberbau . . . . .	26
Erneuerung der baulichen Anlagen . . . . .	25
Erneuerung des Oberbaues . . . . .	60
Einbau neuer Kuppelungen . . . . .	5
Neue Waggons . . . . .	20
Lokomotiven . . . . .	5
Maschinen . . . . .	4
Neubauten . . . . .	180

Das Arbeitsprogramm der Reichsbahn gibt angeblich bei der Reichsbahn selber 24 000 Arbeitern Arbeit; ferner können nach Mitteilung der Reichsbahn bei der Bahnunterhaltung weitere 6000 Arbeiter durch Einlegen von Feierschichten in Beschäftigung bleiben.

Wie steht es aber mit der früher gemeldeten Entlassung von 52 000 Arbeitern durch die Reichsbahn? Uns scheint vorläufig, daß das großartige Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn darauf hinausläuft, daß Arbeiter entlassen werden, allerdings nicht 52 000, sondern nur 22 000.

### 2. Reichswasserstraßen.

Das Reichsverkehrsministerium ist bemerkenswert offen im Dementieren der in der Presse mehrfach erschienenen Meldungen über Arbeitspläne der Reichswasserstraßenver-

waltung. In der Presse war vom Ausbau des Rhein-Herne-Kanals und von der Erweiterung des Dortmund-Ems-Kanals die Rede. Das Ministerium erklärt, diese Arbeiten können wegen Mangel an Mitteln überhaupt nicht in Frage. Ähnlich lauten die Mitteilungen des Ministeriums über den angelegten Bau von Talsperren und über Bauten am Frischen Haff.

Wie „weitsichtig“ die Herren vom Reichsverkehrsministerium sind, beweist, daß nach ihrem Plan die drei Teilbecken der Talsperre von Sersno (Schlesien) in den Jahren 1936,

„nicht vor 1944“, und „nicht vor 1954“

fertig werden sollen. — Die Durchführung dieses Planes, gegen den hier im übrigen nichts gesagt werden soll, wird allerdings die Arbeitslosigkeit im Jahre 1932 nicht wesentlich verringern!

### 3. Wohnungsbau.

Die Hausbesitzer erhalten bekanntlich von der Regierung zwei Geschenke: 40 Prozent der Grundsteuer in Steuergutscheinen, außerdem 50 Millionen Mark Beihilfe, von der es heißt: „Rückzahlung wird nicht gefordert“.

Die Vorschriften sind gut ausgedacht! Es ist nahezu vollständig

garantiert, daß die Eigentümer kleinerer Häuser nicht

Der Zuschuß wird nämlich nur für größere Instandsetzungsarbeiten gewährt, bei denen die Kosten mindestens 250 Mark betragen. Im allgemeinen beträgt der Zuschuß ein Fünftel der Kosten. Bei der Teilung großer Wohnungen wird jedoch die Hälfte der Kosten als Zuschuß gewährt (im Höchstfall 600 Mark für jede Teilwohnung); dieser Zuschuß kommt also nur für die Eigentümer größerer Häuser in Frage. Der erhöhte Zuschuß wird allerdings auch gezahlt für den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen; es fragt sich sehr, ob die Eigentümer kleinerer Häuser von dieser Bestimmung in wesentlichem Umfang Gebrauch machen können.

Wenn Arbeiten in Schwarzarbeit ausgeführt sind, dürfen Reichszuschüsse nicht gezahlt werden. Es wäre ja untraglich, wenn ein armer arbeitsloser Maler ein Haus — zu einem Fünftel auf Reichskosten! — anstreicht, ohne daß ein Handwerksmeister daran verdient! Rpt.

## Silberstreifen am Wirtschaftshorizont?

Die Lederwerke Karl Freudenberg G. m. b. H. in Weinheim stellen 200 Arbeitskräfte neu ein.

Die Bayerischen Spiegelglasfabriken Bechmann-Kupfer A.-G. in Fürth in Bayern haben über 100 Mann neu eingestellt.

Die Bremer Wollkammerei A.-G. ist von der Drei-Tage-Woche wieder zur Fünf-Tage-Woche zurückgekehrt; sie rechnet auch im Winter mit einem günstigen Beschäftigungsgrad.

Die Norddeutsche Eisen-Gesellschaft A.-G., Berlin, hat das Feinblechwerk des bankerotten Siegen-Solinger Gußstahl-Aktien-Vereins erworben. Die Gesellschaft ist eine Außenleiterin auf dem deutschen Feinblechmarkt und will den Betrieb des Walzwerks, das bis zu 1000 Tonnen täglich produzieren kann, bereits in 6 Wochen in voller Höhe aufnehmen. Die gesamte Produktion an Feinblechen betrug im August 1932: 83 000 Tonnen. Die Kartellfirmen werden sich ärgern; das freut uns.

Wie gering die Silberstreifen am Wirtschaftshorizont sind, zeigt, daß viele Zeitungen eine ausführliche Nachricht darüber weitergeben, daß auf der Hamburger Thomasschlacken-Mühle der Vereinigten Stahlwerke A.-G. 50 (in Worten: fünfzig) Arbeiter wieder eingestellt wurden, und zwar, wie ausdrücklich betont wird, nur vorübergehend.

Ist auch der Silberstreifen nur vorübergehend sichtbar? — t.

### SOWJET-UNION

Hoher Einfuhrüberschuß: Im ersten Halbjahr 1932 wurden nach der Sowjet-Union Waren für 405 Millionen Rubel eingeführt, während aus der Sowjet-Union Waren für nur 275 Millionen Rubel ausgeführt wurden. Der Einfuhrüberschuß beträgt für das erste Halbjahr 1932 also 130 Millionen Rubel. (Im ersten Halbjahr des Vorjahres betrug er bei größerem Umfang des Außenhandels 151 Millionen Rubel.)

Hauptzufuhrland ist Deutschland. Im ersten Halbjahr 1931 und 1932 verteilte sich die Ein- und Ausfuhr folgendermaßen auf die wichtigsten Länder (Angaben in Millionen Rubel):

	Einfuhr nach der Sowjet-Union		Ausfuhr aus der Sowjet-Union	
	1931	1932	1931	1932
Deutschland . . . . .	163	184	73	52
England . . . . .	33	52	92	65
USA . . . . .	143	19	10	7
Italien . . . . .	11	19	21	12
Frankreich . . . . .	8	1	18	13

Die Ausfuhr aus den kapitalkräftigsten Ländern, Frankreich und den USA — ist also außerordentlich stark zurückgegangen, während gerade das verhältnismäßig kapital-schwache Deutschland seine Ausfuhr — auf Kredit — vergrößert hat. Es ist klar, daß Deutschlands Gläubiger sich darüber ärgern, daß Deutschland mit ihren Mitteln seine Ausfuhr nach der Sowjet-Union finanziert.

Trotz Ottawa Lebensmittel-Lieferungen nach England: Die russische Handelsvertretung in London hat ein neues Abkommen über die Lieferung von Eiern, Butter und Geflügel nach England abgeschlossen, das bis zum 1. Mai 1933 läuft. Die Sowjet-Union hat sich verpflichtet, für den Betrag der nach England verkauften Lebensmittel Industriestellungungen nach England zu legen.

### HOLLAND

Ernte Boykottbewegung gegen deutsche Industriewaren: Eine der örtlichen Organisationen des holländischen Gemüsebaus hat beschlossen, eine Aktion einzuleiten, um die ganze niederländische Bevölkerung dazu aufzurufen, keine deutschen Industriewaren mehr zu kaufen. Die Holländer hoffen durch diese Drohung die deutsche Industrie als Bundesgenossin zu gewinnen im Kampf gegen deutsche Einfuhrkontingentierungen.

Verstimmung über den deutschen Superphosphat-Zoll: Die Erhöhung des deutschen Einfuhrzoll für Superphosphat von 50 Pfennig auf 1,50 Mark für 100 Kilo ist ein schwerer Schlag für die Niederländische Superphosphat-Industrie. Der „Telgraaf“ schreibt: 1931 bei Einführung des Einfuhrzoll von 50 Pfennig habe Deutschland aus Holland 75 000 Tonnen Superphosphat jährlich bezogen, ein Fünftel der holländischen Produktion. Die Ausfuhr nach Deutschland würde durch die Zollerrhöhung völlig unterbunden. — War es notwendig, außer durch den Butterzoll, nun auch durch Düngemittelzölle die Holländer zu verärgern, die im ersten Halbjahr 1932 für 321 Millionen Mark deutsche Waren aufnahmen, für 181 Millionen Mark mehr, als ihre Einfuhr nach Deutschland betrug?